Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspielanlagen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, der eine verbindliche Regelung über die Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspielanlagen schafft.

11. 01. 2012

Dr. Rülke

und Fraktion

Begründung

Aus Anlass verschiedener Gerichtsurteile kam es in Deutschland zu Behinderungen und Schließungen von Kindergärten, Kindertageseinrichtungen und ähnliche Einrichtungen für Kinder.

Kinderlärm ist grundsätzlich als sozialadäquat hinzunehmen. Dies ist nach der Änderung des § 22 Bundesimmissionsschutzgesetz in diesem Jahr nun auch gesetzlich geregelt. Geräuscheinwirkungen, die von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen ausgehen, sind im Regelfall keine schädlichen Umwelteinwirkungen. Der Klageweg wegen Kinderlärm ist dadurch praktisch ausgeschaltet.

Für Lärm von Kinder- und Jugendspielanlagen hingegen existieren (außer in Bayern) bisher keine gesetzlichen oder untergesetzlichen Konkretisierungen. Ge-

Eingegangen: 11.01.2012/Ausgegeben: 10.02.2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

meint sind öffentliche Anlagen, welche dem nicht-organisierten Sport von Kindern und Jugendlichen gewidmet sind, wie z. B. Bolzplätze, Skate- oder Basketballanlagen.

Die Nutzung von Kinder- und Jugendspieleinrichtungen führt wegen des damit verbundenen Lärms oft zu Konflikten zwischen den Anwohnern dieser Einrichtungen und den Kindern und Jugendlichen. Die Folge sind zahlreiche Gerichtsverfahren.

Diese führen teilweise zu eingeschränkten Öffnungszeiten oder sogar zur Schließung der entsprechenden Einrichtungen. Verschärft wird diese Konfliktlage durch die zunehmende innerstädtische Nachverdichtung.

Die fehlenden Regelungen führen damit auch zu einer Planungsunsicherheit bei zahlreichen Gemeinden und zu einer Rechtsunsicherheit auf beiden Seiten.

Diese Problematik soll nun gelöst werden. Gesetzliche Regelungen sollen von Beginn an für Rechtssicherheit sorgen.

Kinder- und Jugendspieleinrichtungen sind in vielerlei Hinsicht ein wichtiger Freiraum für diese. Die Entwicklung junger Menschen, insbesondere die Entfaltung der Persönlichkeit und die soziale Interaktion, wird durch gemeinsame Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche in der Öffentlichkeit gefördert. Daher brauchen junge Menschen aller Altersstufen ausreichend Räume zur Entfaltung auch im Nahbereich ihrer Wohnumgebung.

Sie sind unverzichtbare Treffpunkte für Kinder und Jugendliche, die dort soziales Miteinander mit sportlichem Wettkampf verbinden können. Auf Kinder- und Jugendeinrichtungen wie Bolzplätzen spielen Kinder und Jugendliche verschiedener Herkunft, unterschiedlichen Alters und aus verschiedenen Schulen miteinander. Das sorgt für gegenseitige Akzeptanz, auch außerhalb des Felds. Dies muss gefördert und nicht ausgebremst werden.

Auch die Zunahme von Bewegungsarmut, Übergewicht und ähnlichen gesundheitlichen Beschwerden unter Kindern und Jugendlichen spricht für die Notwendigkeit, gut angenommene Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für diese zu erhalten und auch neu zu schaffen.

Kinder- und Jugendspieleinrichtungen sollen daher durch ein entsprechendes Gesetz nun auch geschützt werden und Rechtssicherheit erlangen.

Weiterhin unberührt von einer entsprechenden Regelung soll jedoch die sachfremde Nutzung einer solchen Anlage durch Kinder, Jugendliche oder andere Personen bleiben.

Wir wollen eine Regelung schaffen, die freien Kinder- und Jugendsport ermöglicht und Rechtssicherheit für Städte, Gemeinden und Anwohner schafft.

Ein entsprechendes Gesetz sollte sich im Grundsatz an den bestehenden immissionsschutzrechtlichen Anforderungen der 18. Bundesimmissionsschutzverordnung orientieren und sie vom Ansatz her auf Kinder- und Jugendspieleinrichtungen übertragen. Es sollten jedoch weniger strenge Immissionsrichtwerte gelten. Diese sollten um jeweils 5 dB(A) angehoben werden. Zusätzlich können Öffnungszeiten gestaltet werden, die den Bedürfnissen der Anwohner wie auch der Nutzer der Kinder- und Jugendspieleinrichtungen gerecht werden.

Diese angepassten Regelungen sollten in der Regel zu einer sachgerechten Lösung der Lärmproblematik im Spannungsfeld zwischen Freizeitbetätigung von Kindern und Jugendlichen und den berechtigten Lärmschutzanforderungen benachbarter Wohnbevölkerung führen.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf über die Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen vorzulegen, welcher diese schützt und Rechtssicherheit sowohl für Kinder- und Jugendspieleinrichtungen als auch für deren Anwohner schafft.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 2. Februar 2012 Nr. 4–8822.11/36/16 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Innenministerium, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren sowie dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, der eine verbindliche Regelung über die Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen schafft.

Unter Jugendspieleinrichtungen werden im immissionsschutzrechtlichen Sinne Skateranlagen, Bolzplätze und ähnliche Einrichtungen verstanden, die überwiegend von Jugendlichen genutzt werden. Nicht dazu zählen Sportanlagen im Sinne der Sportanlagenlärmschutzverordnung – 18. BImSchV (z. B. Sportplätze für den Vereinssport), für die es gesonderte Regelungen gibt.

Jugendspieleinrichtungen befinden sich meist in bzw. in der Nähe von Wohngebieten.

Für die Beurteilung der Geräuschimmissionen aus Jugendspieleinrichtungen sind im Bundes-Immissionsschutzgesetz und seinen Verordnungen keine Regelungen enthalten. Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) ist ebenfalls nicht anwendbar, weil Lärm von sozialen Einrichtungen wie Jugendspieleinrichtungen nicht umfasst wird (vgl. Ziffer 1 lit. a und b der TA Lärm). Deshalb erfolgt mangels spezieller Regelungen eine Einzelfallbetrachtung.

Im Rahmen der Einzelfallbetrachtung werden für die Beurteilung der Zumutbarkeit von Lärmbelastungen die Freizeitlärmrichtlinie der Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) herangezogen, in Fällen, in denen die Nutzung mit körperlichen Aktivitäten verbunden ist (z. B. Bolzplätze), werden als Orientierungshilfe auch die Regelungen der 18. BImSchV genutzt.

Mit dieser am konkreten Einzelfall orientierten Vorgehensweise konnten bislang in Baden-Württemberg in der Regel sachgerechte Lösungen erzielt werden, z. B. geänderte Nutzungszeiten, Verschluss der Anlagen in sensiblen Zeiten und Kontrollen. Juristische Auseinandersetzungen erfolgten nur in Ausnahmefällen.

Allerdings ist es jedoch gerade in verdichteten städtischen Bereichen nicht immer einfach, Lösungen zu finden. Im Planungsstadium sind Probleme eher selten. Probleme treten meist erst beim laufenden Betrieb einer Einrichtung auf. Beschwerden betreffen zumeist Bolzplätze. Sie richten sich insbesondere gegen scheppernde Metallabzäunungen und Tore, nachmittägliche und abendliche Schulhofnutzung sowie sonstige nicht bestimmungsgemäße Nutzung von Jugendspieleinrichtungen, z. B. als nächtlicher Treffpunkt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Generell ist die nichtbestimmungsgemäße Nutzung die entscheidende Problemlage bei Jugendspieleinrichtungen.

Diese Konfliktlage insbesondere im städtischen Bereich besteht bundesweit und war Anlass, im Rahmen der LAI eine Länderumfrage durchzuführen. Diese kam zu dem Ergebnis, dass eine deutliche Mehrheit der Länder bei Jugendspieleinrichtungen keinen Bedarf für eine Änderung des Regelwerks sieht. Begründet wird dies damit, dass das Hauptproblem dieser Anlagen nicht fehlende rechtliche Lärmregelungen sind, sondern die praktische Nutzung verbunden mit einer Zweckentfremdung (z. B. nächtliche Jugendtreffs auf Bolzplätzen). Die bestehenden Regelungen beinhalten angemessene Möglichkeiten zur Konfliktbewältigung.

Auf Bundesebene gibt es allerdings Bestrebungen, durch Änderungen bzw. Ergänzungen der 18. BImSchV auch Jugendspieleinrichtungen in deren Regelungsbe-
reich einzubeziehen. Hierdurch würde ein fester Rechtsrahmen für die Beurteilung

der Lärmbelastung geschaffen. Materiell würden sich hierdurch voraussichtlich keine Veränderungen ergeben. Sollten entsprechende Regelungen getroffen werden, wäre eine landesrechtliche Regelung nicht mehr möglich.

Es dürfte schwierig sein, den Konflikt zwischen Wohnnutzung und Lärm von Jugendspieleinrichtungen mit neuen generalisierenden Regelungen zu lösen. Auch weiterhin sind jeweils Lösungen für den konkreten Einzelfall zu finden, und Einzelfallbetrachtungen anzustellen. Mit den bereits zur Verfügung stehenden Regelungen konnte dies bislang in aller Regel erreicht werden.

Die Landesregierung wird die Entwicklungen auf Bundesebene verfolgen. Sollten sich hieraus konkrete Lösungsansätze ergeben, wird die Landesregierung sie prüfen; eigene landesgesetzliche Regelungen zum Lärmschutz bei Jugendspieleinrichtungen werden derzeit nicht angestrebt.

Untersteller
Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft